

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Otto (Erfurt), Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/1208 –**

**Realisierung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8
Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Dr. Karlheinz Gutmacher, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1543 –**

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit müssen zügig realisiert werden

A. Problem

- a) Die Antragsteller haben einen Antrag (Drucksache 14/1208) mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die erneute Prüfung des Projektes VDE Nr. 8 unverzüglich abzuschließen, den sofortigen Weiterbau der Trasse zu veranlassen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen.
- b) Die Antragsteller haben einen Antrag (Drucksache 14/1543) mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, den bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten, die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zügig und im bisher geplanten Maße zu realisieren, den angekündigten Baustopp für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8 zurückzunehmen und die Schienen-Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Nürnberg und Erfurt wie ursprünglich geplant zu bauen.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme der Anträge (die Antragsteller bestehen jeweils auf der Annahme ihres Antrags).

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/1208 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 14/1543 – abzulehnen.

Berlin, den 10. November 1999

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Heide Mattischeck
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Heide Mattischeck

I. Überweisung

Die Vorlage – Drucksache 14/1208 – wurde durch den Deutschen Bundestag in seiner 47. Sitzung am 24. Juni 1999 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an die Ausschüsse für Angelegenheiten der neuen Länder und für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die Vorlage – Drucksache 14/1543 – wurde durch den Deutschen Bundestag in seiner 53. Sitzung am 9. September 1999 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an die Ausschüsse für Wirtschaft und Technologie, für Angelegenheiten der neuen Länder und für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

- a) Gegenstand des Antrags – Drucksache 14/1208 – ist es, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern solle, die erneute Prüfung des Projektes VDE Nr. 8 unverzüglich abzuschließen und den sofortigen Weiterbau der Trasse zu veranlassen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die vorrangige Fertigstellung der Neu- und Ausbaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin habe eine vorrangige Bedeutung für die Weiterentwicklung des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die Herstellung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitsstrecke im Osten Deutschlands zur Anbindung der neuen Länder an das ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und den schnellen Kombinierten Güterverkehr. Darüber hinaus widerspreche die Infragestellung des VDE Nr. 8 der von der Bundesrepublik Deutschland bereits im Dezember 1994 gegenüber den anderen EU-Staaten verbindlich übernommene Verpflichtung, dieses Verkehrsprojekt vorrangig zu verwirklichen. Für die Neubaustrecke Ebensfeld–Erfurt–Halle/Leipzig seien bisher für Planung, Grunderwerb und Bau ca. 1,3 Mrd. DM verausgabt worden. Um eine Fehlinvestition zu vermeiden, müssten die erneute Prüfung des Projektes umgehend abgeschlossen und die Realisierung der planfestgestellten Trasse unverzüglich fortgesetzt werden.
- b) Gegenstand des Antrags – Drucksache 14/1543 – ist es, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern solle, den bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten, die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zügig und im bisher geplanten Maße zu realisieren, den angekündigten Baustopp für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8 zurückzunehmen und die Schienen-Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Nürnberg und Erfurt wie ursprünglich geplant zu bauen. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit bildeten das Rückgrat der Verkehrsinfra-

struktur in den neuen Bundesländern und darüber hinaus. Sie hätten zu Recht in den vergangenen Jahren höchste Priorität gehabt. Es gebe keinen Grund, diese höchste Priorität zu ändern. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit müssten als dringend notwendige Zukunftsinvestitionen von allen Einsparplänen verschont bleiben. Das gelte selbstverständlich auch für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8. Dieses Projekt soll eine leistungsfähige, moderne und schnelle Schienenverbindung zwischen Süddeutschland, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und dem Raum Berlin schaffen, die Bestandteil des entstehenden europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes sei. Die Ankündigung der Bundesregierung, diese Verbindung vorerst nicht weiter zu bauen, bedeute im Ergebnis, die neuen Bundesländer vom europäischen Hochgeschwindigkeits-Schiennetz und damit von der Entwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrsträgers abzukoppeln.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder hat zu der Vorlage – Drucksache 14/1208 – mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat zu dieser Vorlage mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der Haushaltsausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/1208 – empfohlen.

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder empfiehlt zu der Vorlage – Drucksache 14/1543 – mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags. Der Ausschuss für Tourismus empfiehlt zu dieser Vorlage mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/1543 –.

Die Vorlage wurde durch den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in seiner 21. Sitzung am 10. November 1999 beraten.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/1208. Er empfiehlt mit gleichem Stimmenverhältnis die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/1543.

Von Seiten der Fraktion der SPD wurde vorgetragen, dass man die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit für wichtig halte. Es habe aber schon in einer Anhörung des Verkehrsausschusses im Jahr 1997 Zweifel in Bezug auf die Trassenführung bei dem Projekt VDE Nr. 8 gegeben. Man habe im Koalitionsvertrag die Überprüfung dieses Verkehrsprojektes vereinbart. Auch die DB AG habe zunehmend Zweifel an dem Projekt. Man prüfe zurzeit, wie notwendige Verbesserungen in diesem Bereich mit weniger Aufwand (z.B. durch den Einsatz der Neigetechnik) erreicht werden könnten. Man wolle das Ergebnis dieser Überprüfung zunächst abwarten und lehne die Anträge daher derzeit ab.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde vorgetragen, die Streichung des Projektes VDE Nr. 8 bedeute, dass eine ganze Region in Mitteldeutschland von den Verkehrsstrassen abgeschnitten werde. Es sei nun vorgesehen, in eine Nebenstrecke zur Anbindung bereits gebauter Teile dieses Projekts 600 Mio. DM zu investieren, obwohl dort nur Regionalverkehr möglich sei, wofür ein entsprechender Bedarf fehle. Es handle sich hierbei nur um ein Alibi, um keine Investitionsruine zu hinterlassen. Thüringen und Sachsen-Anhalt würden durch den Verzicht auf das Projekt vom internationalen Eisenbahnverkehr abgeschnitten.

Berlin, den 10. November 1999

Heide Mattischeck

Berichterstatlerin

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ausgeführt, dass die Güterverkehrsprognosen für die Strecke VDE Nr. 8 dramatisch nach unten zu korrigieren seien, so dass deren Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei. Es sei auch international völlig unüblich, eine Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Güterverkehr zu schaffen. Von der DB AG sei beschlossen worden, den Schwerpunkt der Investitionen auf den Ausbau des Bestandsnetzes zu legen. Sehr teure Einzelmaßnahmen seien aus der Sicht der DB AG zurückzustellen. Der Verkehrsminister könne sich Argumenten der DB AG nicht verschließen, dass der Einsatz des Geldes an anderer Stelle wichtiger sei. Es seien bislang auch nur 557 Mio. DM verbaut worden, nicht 1,3 Mrd. DM.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wurde vorgetragen, es seien in das Projekt VDE Nr. 8 bereits 1,3 Mrd. DM investiert worden, davon 650 Mio. DM europäischer Fördermittel. Die Feststellung, dass auf der Strecke zu wenig Personenverkehr zu erwarten sei, um die Strecke in eine Prioritätsstufe einzuordnen, berücksichtige nicht, dass dort zu 90% Güterverkehr stattfinden solle. Man könne nicht behaupten, dass man den Aufbau Ost in den Vordergrund stelle, wenn man solch wichtige Projekte nicht realisiere. Man müsse auch überall mit gleichen Maßstäben messen und z.B. auch die Strecke Köln–Frankfurt nach den gleichen Wirtschaftlichkeitskriterien beurteilen. Das Argument der Wirtschaftlichkeit sei daher unglaubwürdig.

Seitens der Fraktion der PDS wurde erklärt, die Koalition gehe hier den Weg der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Verkehrsprojekten, den sie im Bereich der Straßenbauprojekte verweigere. Die ICE-Strecke VDE Nr. 8 trage nicht zur Deckung des Fernverkehrsbedarfes bei. Notwendig seien Flächenlösungen im Personen- und Güterverkehr.

